



Biwöchlicher Wochenspiegel. In Breslau 5 Mark. Wochen-Wochenspiegel. 50 Pf.
außerhalb pro Quartal inkl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Versandgebühr für den
Raum einer schottischen Post-Zelle 20 Pf. Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 598. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 21. December 1878.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

23. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. December.

11 Uhr.
Vom Abg. Krech ist ein Gesetzentwurf eingebrochen, betr. die Auflösung der den geistlichen und Schulinstituten zustehenden Reallasten durch die Rentenbanken.

Nachdem der Gesetzentwurf, betr. die Abänderungen der gesetzlichen Bestimmungen über die Zuständigkeiten der verschiedenen Ministerien in dritter Berathung genehmigt worden, wird die Denkschrift über die Lage der im Besitz des Cultusministeriums seit 1872 begonnenen und in der Vorbereitung begriffenen Staatsbauten in Berlin und Potsdam zur Discussion gestellt.

Abg. Thilenius erwähnt rühmend die Ausführung des astrophysikalischen Instituts bei Potsdam durch ein Berliner Haus, das bei der Konkurrenz den Sieg davongetragen habe, und hofft, daß die Ausführung einer neuen Sternwarte in Berlin ebenfalls deutschen Kräften zu fallen werde. Ministerial-Director Greif acceptirt diese Anerkennung mit Dank und teilt die vom Vorredner ausgesprochene Hoffnung.

Abg. v. Rauchhaupt: Für das Cultusministerium allein sind seit 1872 für Bauten in Berlin etwa 50 Mill. M. verendet worden oder stehen noch zur Verwendung. Überhaupt ist seit 1872 für staatliche Bauten etwa eine halbe Milliarde bewilligt worden. In Zukunft werden wir uns eine außerordentliche Sparsumme aufzulegen müssen, da gegenwärtig die Einnahmen nicht einmal zur Deckung des Ordinariums ausreichen.

Abg. Richter: Da die Budgetcommission eine äffermäßige Zusammensetzung der zu Bauten bewilligten Gelder geben wird, so wäre ihr die Denkschrift zur Berathung zu überweisen, ein Vorschlag, mit dem sich Ministerial-Director Greif einverstanden erklärt.

Abg. Richter (Hagen): Ich freue mich, daß jetzt von conservativer Seite Sparsumme empfohlen wird, während man bisher immer auf Vermehrung der Steuern ausgegangen. Nur hätte Herr von Rauchhaupt seine Bemerkungen besser bei der Etatsberathung gemacht. Sollte er bei der zweiten oder dritten Berathung Abfassungen beantragen, so wird er bei mir kräftige Unterstützung finden, namentlich wenn er Einschränkungen bei den etwas zu luxuriösen Bauten für Ministerial- und Beamtenwohnungen vorschlägt. Hätten uns die Conservativen unterstützt, so würden wir vielleicht bei den Eisenbahnbauten gespart haben. Gerade der Vorredner hat im Jahre 1873 die Notwendigkeit des Baues der Bahn Berlin-Weselar mir gegenüber betont. Es wäre mir lieb, wenn wir zukünftig Hand in Hand gehen könnten, nur ist das Unterrichtsministerium nicht in erster Reihe ins Auge zu fassen, weil gerade hier von conservativen Ministern viel gesandt und nachzuholen ist.

Abg. Eberty: Nebel angebrachte Sparsumme ist Verschwendug. So würde sich die Sparsumme charakterisieren, wenn sie die großen Culturaufgaben des preußischen Volkes bekränzt.

Abg. von Heerenan: Diese Frage darf nicht, wie es Richter gethan, zu einer Parteifrage gemacht werden. Wir müssen hier gemeinsam vorgehen und namentlich neue Unternehmungen auf das Notwendigste bekränzen, weil die Ratenbewilligungen für Bauten den Etat bereits bedenklich belasten.

Auch Abg. Stengel will die Frage nicht zu einer Parteifrage machen, sondern alle Parteien sollen gemeinsam darauf hinwirken, unsere Finanzlage zu verbessern.

Abg. Sombart: Man muß zur rechten Zeit sparen. Gerade bei dem Niedersiegen der Privatbauten muß die Regierung in die Lage gesetzt werden, die ihr notwendig scheinen Bauten auszuführen, besonders für Kultur- und Fabrikbauten. Hierzu kann die Regierung unbedingt Anleihen aufnehmen, da unsere Finanzlage bei dem großen Aktivvermögen des Staates unvergleichlich viel besser ist, als die aller Staaten des Continents.

Abg. Richter: Mit Budgetbewilligungen können wir die Finanzlage nicht heben: was wir dem Ministerium bewilligen, müssen wir dem Steuerzahler abnehmen. Das Raisonnement Sombarts gleicht dem Ludwigs XIV., welcher meinte, man könne am Hofe ruhig verschwenden, weil dadurch Geld unter die Leute komme. Die Ausführung des Abgeordneten v. Rauchhaupt ist gewiß ein Reiter der allgemeinen Stimmung beim Jahreswechsel, in der man Rückblick auf die Vergangenheit wirkt und gute Vorfälle für die Zukunft sieht. Parteidankläre habe ich nicht hervorgelebt, vielmehr nur uns da gerechtgefertigt, wo wir nicht missgeführt haben. Mit Berlin-Weselar wurde angefangen; dann kam die Stadtbank, an der wir Berliner unfehlbar sind, dann Halle-Sorau-Guben, Halle-Kassel, dann die Berlin-Dresdener Bahn, welche zum ersten Male mit 300,000 Mark Zinszuschuß auf unserem Etat lastet. Wenn unsere ostpreußischen Collegen die sogenannte „majurische“ Bahn verlangen, so kann man ihnen dies nicht verdenken. Nachdem einmal das Princip angenommen war, für andere Landesteile Bahnen auf Staatskosten zu bauen, mußte dies Princip auch auf diese, auf Staatsbahnen angewiesenen Landesteile ausgedehnt werden. Wenn die Conservativen sich jetzt gegen Staatsseisenbahnen aussprechen, dann werden wir vielleicht in nächster Zeit gemeinsam die Eisenbahnpolitik der Regierung bekämpfen.

Hiermit wird die Denkschrift an die Budget-Commission verwiesen. Ohne Debatte erledigt das Haus in erster und zweiter Berathung die Gesetzentwürfe 1) betr. eine Zusatzbestimmung zu den Artikeln 86 und 87 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 — wegen Bildung gemeinschaftlicher Gerichtsbezirke mit anderen Bundesstaaten; 2) betr. die Verpfändung von Kaufschießen in der Provinz Hannover; 3) über eine Abänderung des Gesetzes, betreffend die Verwaltung des Staatschulwesens und Bildung einer Staatschulden-Commission vom 24. Februar 1850; 4) betr. die Ablösung der durch den Staatsvertrag vom 9. April 1876 auf den preußischen Fiscus übergegangenen Gefälle, und 5) betr. die Auseinanderziehungsbehörden und das Auseinandersetzungsvorfahren im Kreise Herzogtum Lauenburg.

Schluss 12 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch, den 8. Januar 1879. Dritte Berathung der heute erledigten Gesetzentwürfe, Antrag Krech, Gesetzentwurf, betr. die Rheinischfahrt- und Elbzollgerichte und betr. die Reorganisation der vormaligen sächsischen Domänen.

Berlin, 20. Dec. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und König hat die Rechnungsräthe Lehreke und Marcky in Berlin zu Geheimen Rechnungsräthen, den Kanzleirath Koch zum Geheimen Kanzleirath, die Geheimen expedirenden Secretäre und Calculatoren Ruypert, Meyer, Gottschalk und Girard, sowie den Geheimen Secretär Tirkot zu Rechnungsräthen und die Geheimen Registratoren Rohr und Klewitz zu Kanzleiräthen ernannt; und ferner dem Kassirer der Kontrolle der Staatspapiere in Berlin, Stockmann, dem bei der Finanz-Direction in Hannover angestellten Secretär Scheidt und dem Rechnungs-Hauptkassirer Heinrich in Gumbinnen den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Rendanten der Königlichen Steuerkasse in Berlin, Schaeffer dafelbst, den Kreis-Steuer-Einnehmer Gröhner in Königsberg i. Pr. Hoffmann in Weseriz, Holtz in Grimmen und Lest in Frankenstein, sowie den Steuer-Empfängern Gerard in Schwelm, Jven zu Oberembli, Kern in Cassel, Voigt in Neustadt a. R. und Wad in Weilburg den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen. Se. Majestät der König hat den Deconome-Commissionen Tolberg zu Erfurt und Troschke zu Leobschütz den Charakter als Deconome-Commissioner und dem Vermögens-Revisor Koch zu Frankfurt a. O. den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Die Königliche Academie der Wissenschaften hat in ihrer Gesamtversammlung

am 12. December c. den Professor Anton de Vary in Straßburg zum Correspondenten ihrer physikalisch-mathematischen Klasse gewählt.

Berlin, 20. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] hörte heute Vormittag den Vortrag des Polizei-Präsidenten v. Madai und empfing den General-Lieutenant a. D. von Bredow auf Briesen, den General-Consul von Wacker-Götter aus Pest, sowie den Wirklichen Legations-Rath von Küssner.

(R. Anz.)

○ Berlin, 20. Decbr. [Entscheidungen der Reichsbeschwerde-Commission. — Bundesrats-Ausschüsse.] Von der Reichsbeschwerde-Commission ist neuerdings an den Reichstag-Abgeordneten Fritzsche, als Geschäftsführer des deutschen Tabakarbeiter-Vereins, der Bescheid ergangen, daß es bei dem von dem hiesigen Polizei-Präsidium verfügten Verbote verbleibe. Aus den Acten des Polizei-Präsidiums und aus den eigenen Auslassungen Fritsches in der Generalversammlung des deutschen Tabakarbeiter-Vereins erhielt der Generalversammlung, daß die Einberufung von öffentlichen Versammlungen der Cigarrenarbeiter Berlins nur das Mittel war, um in Umgehung des preußischen Gesetzes über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Missbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850 Politik treiben und für die Ausbreitung socialdemokratischer Gesinnungen agitieren zu können. Hierauf aber sei nach Ausweis der bezeichneten Acten durch die amtlichen Anzeigen verpflichteter Polizeibeamten constatirt, daß in den Jahren 1875/76/77 in diesen, theils von Mitgliedern des Verwaltungsraths, theils des hiesigen Vorstandes des deutschen Tabakarbeiter-Vereins veranstalteten Versammlungen zu wiederholten Malen von socialdemokratischen Agitatoren Reden gehalten worden sind, welche den Umturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung vorzubereiten bestimmt waren und durch Aufzeigung zum Hass gegen andere Klassen der Bevölkerung den öffentlichen Frieden gefährdeten. Hierzu komme, daß das Organ des Vereins in der Presse, der „Botschafter“, welches nach § 18 der Satzungen von Vereins wegen allwöchentlich herausgegeben wurde und zu dessen Haltung jedes Mitglied des Vereins nach Paragraph 11 der Satzungen verpflichtet war, nach der eigenen Erklärung des Redakteurs in Nr. 40 von diesem Jahre jederzeit die Prinzipien der Socialdemokratie bis in ihre äußersten Consequenzen zu verfolgen bestrebt gewesen sei, ebenso wie dasselbe andre socialdemokratische Blätter extremste Richtung zur weitesten Verbreitung empfohlen habe. Berücksichtige man ferner, daß auf Veranlassung von Mitgliedern des Vereins ein besonderer Ausschuß hiesiger Cigarrenarbeiter bestellt worden ist, um für socialdemokratische Zwecke zu agitieren und daß gleiche Tendenzen auch von den an anderen Orten des deutschen Reichs befindenden Mitgliedschaften des deutschen Tabakarbeiter-Vereins verfolgt worden sind: so stehe außer Zweifel, daß im genannten Verein Bestrebungen der im § 1, Absatz 2 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Social-Demokratie vom 21. October d. J. bezeichneten Art in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Tage getreten und von denselben gefordert worden seien. Im Übrigen aber erscheine der Einwand, daß der mehrgenannte Verein ein selbstständiger Kassenverein und deshalb nach § 3 des Gesetzes vom 21. October d. J. zunächst der staatlichen Controle zu unterstellen sei, unbegründet, da der Zweck desselben nach § 2 der Satzungen keineswegs auf die gegenseitige Unterstützung seiner Mitglieder beschränkt sei und somit der Verein als ein selbstständiger Kassenverein im Sinne von § 3 des mehrgezählten Gesetzes nicht angesehen werden könnte. — Die Ausschüsse des Bundesrates für Zoll- und Steuerwesen haben heute

eine Sitzung gehalten.

= Berlin, 20. Decbr. [Der Bundesrat und die neuen Handelsbeziehungen zu Österreich. — Dementi. — Der erste Abschnitt der Landtagssession. — Taylor +.] Die Nähe des Termins, mit welchem die neuen Handelsbeziehungen mit Österreich in Kraft treten sollen, hat die Vertagung des Bundesrates noch nicht ermöglicht. Morgen treten die Ausschüsse für Zölle und Steuern, sowie für Handel und Verkehr in Berathung über den Handelsvertrag und am Montag wird eine Plenarsitzung stattfinden, um die Zustimmung des Bundesrates zu erzielen. Die Denkschrift, welche bei der Vorlegung des Textes vorbehalten worden, ist inzwischen erschienen. Sie ist kurz und knapp gehalten und beschränkt sich im Wesentlichen auf die Darlegung der Gesichtspunkte, von denen aus der seichte Ausgleich für die diesseitige Regierung der zweitmäßige und gewissermaßen nothwendig war. Bei dem Reichstage wird wegen der nachträglichen Zustimmung die Indemnität nachgesucht werden. Kurz nach dem neuen Jahre werden die Verhandlungen des Bundesrates wieder aufgenommen. Es ist zu vermuten, daß bis dahin auch die Vorlagen bezüglich der Vermehrung der Reichs-Einnahmen durch Erhöhung indirekter Steuern an den Bundesrat gelangt sein mögen. Diese Angelegenheit ist in den Vorläufen jetzt erlebt und Gegenstand der Verhandlungen, welche zur Zeit in Friedrichshafen zwischen dem Finanz-Minister Hobrecht und dem Reichskanzler geführt werden. — Die Angabe, wonach die Enquête-Verhandlungen über die Verwendung von Spiritus zu gewerblichen Zwecken bereits begonnen hätten, beruht auf einem Irrthum. Die Verhandlungen sind wohl erst zu Anfang des nächsten Jahres zu erwarten; es werden damit die Special-Enquêtes ihren Abschluß finden, welche gewissermaßen die Grundlage für die General-Enquête hinsichtlich der Revision des Zolltariffs bilden sollen. — Der erste Abschnitt der gegenwärtigen Session des Abgeordnetenhauses, der mit dem heutigen Tage erreicht ist, sieht nur in beschränktem Umfang das Material erledigt, welches dem Landtag vorgelegt ist. Es liegt auf der Hand, daß die Berufung des Reichstages, über welche allerdings noch keine Beschlüsse gefasst sind, schon wegen des Reichshaushaltsets nicht flüssig über die Mitte des Februar hinaus verzögert werden kann. Bis dahin vom 8. Januar, mit welchem Tage die Landtagsarbeiten aufgenommen werden, genau fünf Wochen, in welchen man Mühe haben wird, den Etat und die Justizgesetze fertig zu stellen. Man versichert uns, daß die Regierung dem Gedanken einer Nachsession des Landtages durchaus abgeneigt ist und demselben so viel wie möglich entgegenarbeitet. Schwierigkeiten nach dieser Richtung möchten aber noch durch den Nachtragsetat der Justizverwaltung entstehen, durch welchen nicht nur die Gehaltsfrage für jeden einzelnen Richter, sondern auch die Zahl der bei jedem Amtsgerichte anzustellenden Richter festgestellt wird, und also die ganze Organisation der Amtsgerichte wieder in den Vordergrund tritt. Ob auch dies innerhalb jenes Zeitraums von 5 oder selbst 6 Wochen neben so manchen andern jedenfalls unabsehbaren Dingen sich wird erledigen lassen, bleibt fraglich. — Der Tod des amerikanischen Gesandten Layard-Taylor, welcher gestern Nachmittag erfolgt ist, und erst heute Morgen allgemeiner bekannt wurde, hat hier überall große Theilnahme gefunden, da man den Gesandten, der erst seit dem letzten Frühjahr hier thätig war, allgemein als Schriftsteller und warmen Anhänger Deutschlands liebte und schätzte. Er war mit chronischen Leberleiden bereits hier angekommen, zu welchem sich seit etwa 6 Wochen die Wassersucht gesellt hatte, so daß der Gesandte genötigt war, die letzten 6 Wochen Tag und Nacht im Lehnsstuhl zu verbringen. Die ersten ärztlichen Autoritäten vermochten ihn nicht zu erhalten. Gestern Nachmittag 1½ Uhr verließ ihn sein Hausarzt und langjähriger Freund, der Abg. Dr. Löwe. Kurz darauf verlangte der Gesandte in liegender Stellung zu schlafen. Nach fast 2 Stunden erwachte er einen kurzen Moment, um die Augen für immer zu schließen.

□ Berlin, 20. Decbr. [Die Bundesregierungen zur Tabaksbesteuerung. — Neueinschätzung zur Gebäudesteuer. — Wechselseitigkeit. — Unterricht schulpflichtiger Kinder in Fabriken. — Landeskultur-Rentenbanken. — Revision der Bormundschaftsordnung. — Wahl in Jerichow.] Die Vertrauten der Wilhelmstraße fangen bereits an, Front gegen die Beschlüsse der Tabaksenquete-Commission zu machen. Sie sagen, daß Fürst Bismarck schon einen Gesetzentwurf über die Einführung des Tabakmonopols habe ausarbeiten lassen, der im Augenblicke den Bundesregierungen zur Einsicht vorliege und von einzelnen derselben zustimmende Begutachtung erfahren habe. Ohne Zweifel sind die betreffenden Bundesbevollmächtigten von den bezüglichen Entschlüsse ihrer Regierung bereits in Kenntnis gesetzt worden. So bald der Bundesrat Entscheidung treffen wird, ob die von der Commission so unerwartet gelöste ökonomische Frage der gegebenen Tabaksbesteuerung, oder ob die hochpolitischen und finanziellen Erwägungen des Fürsten Bismarck maßgebend sein sollen, so wird man keinen Augenblick zweifeln können, auf welche Seite sich der Bundesrat stellen wird. Dem Reichstage dürfte nach Allem, was darüber verlautet, ein Gesetz über das Tabakmonopol vorgelegt und in den Motiven desselben die Beschlüsse der Enquête-Commission befämpft werden. Wie wir hören, wird zwar die offizielle Dementirmaschine die Erstzettel eines Gesetzentwurfs über das Tabakmonopol leugnen, aber was in Bundesratskreisen darüber circuliert, scheint uns maßgebender zu sein. Herr Hobrecht wird aus Friedrichshafen mit einem Plan zur Aufstellung von nur circa 120 Mill. M. indirekter Steuern zurückkehren, und das ist nach jenen Bundesratsmitgliedern zu wenig für das Reich, um sich auf eigene Füße zu stellen. — Heute, am letzten Sitzungstage des Abgeordnetenhauses, hat sich herausgestellt, daß der Finanzminister eine voreilige Zusage machte, als er vor etwa fünf Wochen versprach, in kürzester Frist eine Übersicht über die Resultate der Neueinschätzung zur Gebäudesteuer vorzulegen. Wie die Thatachen ergeben haben, ist es vor Monaten nicht möglich, ein Urteil über die Gesamteinsschätzung zu gewinnen. Einzelne Städte weisen eine colossale Zunahme, z. B. Kassel von 40 p.C., auf, man darf sich aber dadurch nicht irreführen lassen. Im Allgemeinen wird sich eine Zunahme von höchstens zwanzig Prozent ergeben. — Mehrere deutsche Handelskammern haben in den letzten Tagen beschlossen, eine Vorstellung an den Reichstag zu richten, daß bei der jetzt festgestellten Wechselseitigkeit ein minimaler Betrag von 10 Pf. für alle Wechsle bis zu 200 Mark festgesetzt und der Stempelsatz für je weitere 200 Mark um 10 Pf. gesteigert werde. — Zur Ausführung der Reichsgewerbe-Ordnungs-Novelle vom 17. Juli d. J. haben die Minister Dr. Falk und Maybach eine Anweisung betreffs des Schulunterrichts der in den Fabriken beschäftigten schulpflichtigen Kinder erlassen. Nach derselben wird die Genehmigung der Schuleinrichtungen und Lehrpläne in vorliegenden Fällen von den Bezirkssregierungen, in Berlin von dem Provinzial-Schulcollegium und in Hannover von den Consistorial-Behörden ertheilt. Anträge und Ertheilung dieser Genehmigung sind durch Vermittelung der Kreisschulinspektoren, in Berlin durch die städtische Schuldeputation einzureichen. So weit thunlich, ist auf Errichtung besonderer Arbeitsschulen für eine oder mehrere Fabriken hinzuwirken; falls dies nicht angeht, zunächst zu erwägen, ob bei den Volksschulen, welche von den Fabriken beschäftigten Kindern besucht werden, besondere Klassen für diese einzurichten sind. Durch eine solche Einrichtung darf weder eine Überlastung der an der betreffenden Volksschule angestellten Lehrer, noch eine Beschränkung des Unterrichts der übrigen, die Volksschule besuchenden Kindern herbeigeführt werden. Die zur Unterhaltung der Volksschulen Verpflichteten können wider ihren Willen mit besonderen Kosten der bezeichneten Schuleinrichtungen nicht belastet werden. Können besondere Arbeitsschulen nicht errichtet werden, so ist den in den Fabriken beschäftigten Kindern die Theilnahme am Unterricht in den gewöhnlichen Volksschulklassen, wenn irgend thunlich, durch Modificationen des Lehrplans derselben möglich zu machen. Diese Modificationen dürfen indeß nur genehmigt werden, wenn die tägliche Beschäftigung in der Fabrik und der tägliche Unterricht zusammen nicht über 9 Stunden in Anspruch nehmen. Bei Genehmigung der Lehrpläne ist zu beachten, daß die in den Fabriken beschäftigten Kinder mindestens in der Religion, im Deutschen (Lesen und Schreiben), Rechnen und der vaterländischen Geschichte Unterricht erhalten, der in allen Fällen ein zusammenhängender sein muß. Der tägliche Unterricht, der nicht in die Zeit nach 7 Uhr Abends und vor 7 Uhr Morgens fallen darf und so einzurichten ist, daß Kinder, welche Vormittags die Schule besuchen, nur Nachmittags in den Fabriken und ungekehrt arbeiten, darf nicht durch Beschäftigung in der Fabrik unterbrochen werden; auch muß zwischen dem Ende der Arbeitszeit und dem Beginne des Unterrichts eine ausreichende Ruhezeit liegen. Auf Kinder, welche nicht in den Fabriken oder denselben gleichgestellten Anlagen, sondern anderweitig mit gewerblicher Arbeit, namentlich auch in der Haushaltung, beschäftigt werden, finden diese Vorschriften keine Anwendung. — Die Commission zur Berathung der Vorlage über die Landeskultur-Rentenbanken hat gestern ohne erhebliche Diskussion die erste Lesung beendigt. Man kann sich nicht verhehlen, daß

der Schwerpunkt der Berathungen in die zweite Lesung gelegt werden muß, da, wenn die bisherigen Beschlüsse nicht Ergänzungen und wesentliche Aenderungen erfahren, die Lebensfähigkeit und praktische Realisierung der ganzen Vorlage den erheblichsten Bedenken unterlegt. Der Vorstehende der Commission für die Landes-Cultur-Rentenbanten und die Kassengenossenschaften, Abg. Dr. Miquel, hofft die beiden Vorlagen bis zum 15. Januar vor das Plenum zu bringen. — Der Justiz-Commission sind mehrere Petitionen zugegangen, welche eine Revision event. Aufhebung der Vorwurfsordnung erstreben. Das Referat über dieselben ist dem Abg. Freund übertragen. Es scheint, daß diese Angriffe auf eine Gesetzesgebung, die verhältnismäßig nur kurze Zeit in Geltung ist und kaum entscheidende Erfahrungen hat bilden lassen, in das System der gegen die „liberalen Gesetze“ gerichteten Agitation gehört. — Für die Nachwahl zum Reichstage, welche an Stelle des verstorbenen Herrn von Bonin in den beiden Kreisen Jerichow bevorsteht, ist von liberaler Seite der Stadtrath Dr. Techow, eines der Vorstandsmitglieder der national-liberalen Fraction vorgeschlagen worden. Man hofft in parlamentarischen Kreisen, daß seine Wahl ohne großen Aufstand durchgehen wird.

W. T. B. Berlin, 20. Decbr. [Der Bundesrat] hielt gestern eine Plenarsitzung unter Vorsteh des Präsidenten des Reichstagsamts, Staatsministers Hofmann. Nach Feststellung des Protolls der vorigen Sitzung wurden Vorlagen, betreffend a. den Entwurf einer Gebührenordnung für Rechtsanwalte; b. den zu Berlin am 16. December d. J. unterzeichneten Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn; ferner ein Antrag Schaumburg-Lippes, betreffend die Vergütung für den Transport der Postsendungen auf der im Fürstenthum Schaumburg-Lippe erbauten Strecke der Hannover-Minden-Eisenbahn, den bezüglichen Ausführungen überwiesen. Ausführungsberichte waren erstattet über: a. Ausführungs-vorschriften zum Spieltartenstempelgesetz; b. eine Petition wegen Abstempelung der Spieltarten. (Die Gegenstände zu a. und b. wurden den Auschlußanträgen gemäß erledigt); c. den Abgluck einer Uebereinkunft mit Großbritannien wegen Hilfeleistung bei Errettung von Deuterturen von Schiffen (der Bundesrat erklärte sich mit dem Abschluß einer solchen Uebereinkunft einverstanden); d. die Schiffs-Bermejung für die Fahrt durch den Suez-Canal (der Erlaß bezüglicher Vorschriften wurde genehmigt); e. die Aufstellung von Normen für die Regelung des Dienstes der nach Maßgabe des § 139 der Gewerbeordnung anzustellenden Aufsichtsbeamten (die bezüglichen Normen wurden nach den Auschlußanträgen festgestellt); f. den Antrag von Preußen und Oldenburg, betreffend Zollverhältniß im Fürstenthum Lübeck (es wurde das Einverständniß damit erklärt, daß ein oldenburgischer Gebietsteil dem Hauptzollamt zu Lübeck unterstellt werde); g. eine Eingabe, betreffend den Erlaß von Salzfeilen (es wurde ablehnende Bescheidung beschlossen). So dann wurden mehrere an den Bundesrat gerichtete Eingaben den betreffenden Auschüssen überwiesen, und zwar: a. eine Eingabe des Spieltartenfabrikanten Göbel und Genossen zu Chemnitz, betreffend die Abstempelung der zur Taxierung bestimmten Spieltarten; b. eine Eingabe der Handelskammer zu Halle a. S., betreffend Abänderung des Wechselstempelsteuer-Gesetzes; c. eine Eingabe des Brauereibesitzers Remmer in Bremen, betreffend die Rückgewährung der Steuer für nach dem Zollauslande ausgeführtes Bier; d) eine Eingabe des Verbandes deutscher Müller, betreffend den Erlaß eines Eisenbahngeiges; e. eine Eingabe der Arbeiterin Anna Rehler aus Eissfeld, betreffend ihre Ausweisung aus dem bayerischen Staatsgebiete. Eine Eingabe der Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin, betreffend die Einführung des Kilogramms als gesetzliche Gewichtseinheit in den Zolltarif wurde der behufs Revision des Zolltarifs einzusehenden Commission überwiesen.

Braunschweig, 20. Decbr. [Landesversammlung.] Zugleich mit dem Weltheim'schen Antrage wurde in der heutigen Sitzung der Landesversammlung mit großer Majorität der vom Abg. Häusler gestellte Zusatzantrag angenommen, daß bei der Mitteilung des im Weltheim'schen Antrage ausgesprochenen Erfuchens an die Landesregierung zur Erläuterung und Begründung derselben, die Uebereinstimmung mit den in der Sitzung vom 18. d. durch den Referenten Bode vorgetragenen Erörterungen ausgesprochen werde. Nach der Annahme des Weltheim'schen Antrages und des Häusler'schen Zusatzantrages sprach der Staatsminister Schulz den Wunsch aus, daß noch vor der bevorstehenden Verfagung des Landtages zur Verathung einer etwa schon vor dem Wiederbeginn der Verhandlungen über diese Angelegenheit eingehenden Vorlage eine Commission gewählt werden möge. Es wurde beschlossen, die Wahl dieser Commission, welche aus 7 Mitgliedern bestehen soll, in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

D e s t r e i c h .

Wien, 19. Decbr. [Auflösung des Lesevereines der deutschen Studenten Wiens.] Der Leseverein der deutschen Studenten Wiens wurde heute nach mehr als siebenjährigem Bestande von der Behörde aufgelöst. Über die Gründe dieser Maßregel gibt das dem Vereins-Obmann Stud. jur. Alfred Aschner zusätzliche Decret Ausschluß. Dasselbe lautet:

Se. Excellenz der Herr Statthalter in Nieder-Oesterreich hat Nachstehendes anhört eröffnet: Der von dem Lesevereine der deutschen Studenten Wiens im Selbstverlage unter der Bezeichnung des Vereinsausschusses herausgegebene Jahresbericht für das siebente Vereinsjahr 1877/78, speziell die Einleitung zu demselben und die Chronik des Vereines, liefert zur Vollständigen Evidenz den Nachweis, daß der Verein seit seiner Gründung consequent vor Allem national-politische Tendenzen verfolgt und einen politischen Charakter angenommen hat.

Ich finde nach dem Lesevereine der deutschen Studenten Wiens wegen Überschreitung seines statutären Wirkungskreises und weil derselbe wegen Staatsgefährlichkeit den Bedingungen seines rechtlichen Bestandes nicht mehr entspricht, im Sinne des § 24 des Gesetzes über das Vereinsrecht mit dem Bemerkung anzulösen, daß gegen diese Auflösung binnen 60 Tagen der Recurs an das hohe k. k. Ministerium des Innern ergriffen werden kann.

Hiervon wird der lösliche Verein mit dem Verfügen verständigt, daß vom Tage der Zustellung dieses Decretes jede Art von Vereinstätigkeit einzustellen ist.

Wien, am 18. December 1878.
Marr.
Im Laufe des heutigen Vormittags wurde der Vereins-Obmann auf das Polizei-Commissionariat der inneren Stadt vorgeladen, und als derselbe, da er im Bezirk Mariä-Hilf domiciliert, nicht rasch genug erschien, der Obmann-Stellvertreter zur Behörde gebeten, um die Verständigung von der Auflösung des Vereins zu erhalten. Gegen 1 Uhr Mittags verfügten sich die Polizei-Commissionare Dr. Beck und Frankl in Begleitung eines Protokollführers in das Vereinslocal, wo nach Aufnahme der Inventur über die vorhandenen Papiere u. die Sperre des Locals durch Anlegung des behördlichen und des Vereinstiegels erfolgte. Die Procedur nahm circa drei Stunden in Anspruch. Seitens des Vereins wird ungesäumt der Recurs an das Ministerium des Innern ergriffen werden. Der Verein wurde am 2. Decbr. 1871 gegründet; die Gesamtzahl der Vereinsmitglieder betrug im laufenden Jahre 1008, und zwar 39 Ehrenmitglieder, 59 auswärtige, 95 unterstützende, 14 teilnehmende, 135 Professoren und 666 Studentenmitglieder.

F r a n c e i c h .

Paris, 18. Dec. [Das Manifest der Linken des Senats.] — Keine Aussicht auf Veränderungen im Cabinet. — Zur Erweiterung von Alexandrette. — Personalien. — Aus Lyon. — Die Prägeei zwischen Beaufremont und A. Duruy.] Die Linke des Senats hat sich heute versammelt, um das von ihren Vorständen entworfene Manifest an die Senatswähler zu präsentieren. Der Entwurf ist gebilligt worden, soll aber erst dann der Öffentlichkeit übergeben werden, wenn er auch die Billigung der Vorstände der republikanischen Kammermehrheit gefunden hat. Diese letzteren werden am nächsten Sonnabend zusammenkommen, denn auf diesen Tag soll die Kammer berufen werden, um über das

gestern im Senat angenommene Amtsenthebung Belcastel zu entscheiden. Man kennt aber schon den ungefähren Inhalt des Manifests, das nur einen mäßigen Umfang hat. Es führt, so heißt es, den Wähler zu Gemüthe, wie sehr sich seit dem Sturze der Maireregierung und seit der Ernennung eines aufrichtig republikanischen Cabinets die Situation verbessert hat, wie sehr die gegenwärtig herrschende Ruhe und Ordnung gegen die in der Maiperiode herrschende Unruhe und Ordnung gegen die damalige Unstetigkeit abstechen. Die Wähler werden daher aufgefordert, an ihrem Theile zur Befestigung der jetzigen Zustände beizutragen. Das Manifest macht ferner aufmerksam auf den Erfolg der Weltausstellung und erklärt, daß die definitive Einbürgerung der Republik allein Frankreich in den Stand setzen könne, den Platz, der ihm in Europa eingeht, für die Dauer wiederzugewinnen. Dies, versichert man, ist der wesentliche Inhalt des Documents, welches außerdem auf die freundliche Behandlung anspielt, welche dem Minister des Auswärtigen auf dem Berliner Congrèss seitens der europäischen Bevölkerung bemerkt, welche wohlwollende Beurtheilung auch die jüngsten Erklärungen Waddington's in der auswärtigen Presse gefunden haben, insbesondere die Bemerkung der Berliner „Post“, welche konstatiert, daß Herr Waddington sich nicht ohne Fug auf das Vertrauen berufen habe, dessen er bei den europäischen Regierungen genießt. Bei dieser Gelegenheit wollen wir erwähnen, daß in den letzten Tagen sich die Symptome für das günstige Verhältniß der Regierung zur Mehrheit vermehren. In den parlamentarischen Kreisen betrachtet man es nicht nur als ausgemacht, daß Waddington nach den Senatswahlen vom 5. Januar sein Portefeuille behalten werde, sondern das Stichwort ist überhaupt: Keine Veränderungen im Cabinet. Nur die Ersetzung des Generals Borel durch einen weniger von den reactionären Einflüssen der Kriegsverwaltung abhängigen Offizier wird nach wie vor von den Meisten gewünscht; aber wenn es Noth thut, würde man sich sogar in die Erhaltung Borel's fügen. — Die Journale discutiren, trotz der von Sir Stafford Northcote abgegebenen Erklärung noch das Gerücht von der Erwerbung des Hafens von Alexandrette durch die englische Regierung und einige oppositionelle Blätter sind, wenn auch ohne großen Erfolg bemüht gewesen, aus diesem Gerücht, wie seinerzeit aus der Nachricht von der Erwerbung Cypräns, Capital zu schlagen. An diese Blätter richtet sich eine im Ministerium des Auswärtigen abgefaßte und durch die „Agence Havas“ den Journalen zugestellte Note. (Wir haben deren Wortlaut schon mitgetheilt. D. R.) An Stelle des verstorbenen Generals de Salignac-Jénénlon ist der Divisionsgeneral Lecointe zum Befehlshaber des 17. Armeecorps in Toulouse ernannt worden. Lecointe hat sich im Feldzuge von 1870—71 unter dem Befehl Faidherbe's namentlich bei Bapaume ausgezeichnet. Er befahlte bisher die erste Infanterie-Division in Lille. — Der Tod der Prinzessin Alice hat eine gesteigerte Geschäftstätigkeit in Lyon herbeigeführt. Die Engländer, die seit geraumer Zeit wenig kaufen, haben mit einem Male große Bestellungen in schwarzer Seide gemacht. — In Betreff des Rencontre's zwischen dem General Beaufremont und A. Duruy haben wir nachträglich noch Folgendes mitzuheilen: Während des Krieges, als sich Beaufremont, damals noch Oberst, und Duruy, damals Freiwilliger, in einem Turco-Regiment, als Gefangene in Bonn befanden, wurde letzterer vom ersten beleidigt oder glaubte sich wenigstens beleidigt. Der Freiwillige sandte dem Obersten eine Herausforderung, welche dieser ablehnte mit dem Bemerkung, eine aus drei andern Obersten gebildete Jury habe erklärt, daß das Duell durch den Rangunterschied der beiden verhindert werde. Nach dem Kriege, in Paris, erneuerte Duruy die Herausforderung, die abermals abgelehnt wurde. Nun schrieb Duruy dem General Beaufremont einen Brief, den er auch dem Jockey-Club mittheilte und worin er die Absicht ankündigte, sich Genehmigung zu verschaffen, wo immer er seinem Beleidiger begegnen würde. Die Begegnung hat lange auf sich warten lassen, aber sie ist letzter Tage erfolgt. Duruy, der, wie es scheint, an Körperkraft seines Gleichen sucht, wurde des Generals nicht sobald ansichtig, als er auf ihn stürzte und ihn zu Boden warf. (In den jüngsten Tagen ist jedoch dieses Leichtere von Duruy selbst ausdrücklich in Abrede gestellt worden. D. R.)

Paris, 19. Dec. [Aus dem Senat. — Budget-Verathung. — Eine „Erexellenz“ im Senate. — Das Manifest der Linken des Senats. — Musikalische Preisbewerbung. — Die Nationallotterie.] Obgleich am Mittwoch, am Commissionstage, in der Regel keine öffentlichen Sitzungen stattfinden, so setzte doch der Senat gestern die Budgetdiscussione fort und erledigte das Ausgabebudget. Bei den Ausgaben für die öffentlichen Bauten erneuerte der ehemalige Arbeitsminister Caillaux seine Angriffe gegen die bekannten Pläne seines Nachfolgers de Freycinet und behauptete, daß man in der Verwendung der für diese Bauten bestimmten Creditte nicht recht klar sehe. Der Berichterstatter Barroy und der Minister de Freycinet bewiesen indes dem Senat, daß dieser Mangel an Klarheit bei Caillaux nur von einem Mangel von gutem Willen herrührte, und der Senat nahm denn auch weiter keine Rücksicht auf die Einwendungen derselben. Sonst verlief diese Discussion glatt und rasch und ohne bemerkenswerte Zwischenfälle. Der Kerdrel führte den Vorst. Einmal begegnete es ihm, den Senat in gute Laune zu versetzen, indem er mit seiner gewöhnlichen Höflichkeit sagte: „Se. Excellenz, der Herr Finanzminister hat das Wort.“ Seit acht Jahren existiert das Wort „Excellenz“ offiziell nicht mehr und ist seit dem Kriege in den Kammern nicht gebraucht worden. Als der Finanzminister mit diesem Titel begrüßt wurde, lächelte er, darauf lächelte der ganze Senat und der Präsident selber lächelte, und man erholt sich einen Augenblick von der Langeweile der Budget-Discussion. — Der „Rappel“ gibt heute das ausführliche Resumé des Manifests, welches die Linke des Senats am Sonnabend an die Wähler richten wird. Das Actenstück erinnert zunächst daran, daß vor einem Jahre der Präsident der Republik Herr Duvalaure beauftragte, ein constitutionelles Cabinet zu bilden, um wieder Ordnung in den Senat zu bringen. Sobald dieses Cabinet organisiert war, hat es sich ans Werk gemacht und hat eine Politik der Wiederherstellung und Beschwichtigung ins Leben gerufen, über deren erste Erfolge man heute urtheilen kann. Dieser Politik in der That verdankt man den glänzenden Erfolg der Weltausstellung, den Wiedereintritt Frankreichs in den Kreis der grossen europäischen Mächte beim Berliner Congrèss, und endlich die Möglichkeit, jenes große Bautensystem zur Ausführung zu bringen, welches durch die Vollendung des Eisenbahnnetzes, der Häfen und Kanäle mächtig zur Entwicklung des allgemeinen Wohlstandes beitragen soll. Aber selbst die ersten Erfolge dieser persönlichen Politik haben die Gegner der Republik nicht entwaffnet. Es ist nur erreicht worden, daß diesen Gegnern nur die Verleumdung als Waffe übrig bleibt. Sie behaupten, der entscheidende Triumph der Republik wäre eine Drohung für den sozialen Frieden. Damit verleumden sie die Nation selber, denn heute, unter der Herrschaft der Nationalsoveränität, ist die Republik mit der Nation gleichbedeutend. Durch den Gebrauch dieser letzten Waffe bekunden sie zur Genüge ihre Ohn-

mächt, welche übrigens vor einigen Tagen von einem der ihrigen (Boher) auf der Tribüne des Senats eingestanden worden ist. Die Wähler haben also am 5. Januar sich zu entscheiden zwischen „einer freimüthigen, offenen, verfassungsmäßigen republikanischen Politik“, welche die bekannten Resultate aufzuweisen hat, und „einer Politik der Coalition ohne Namen wie ohne Freimüthigkeit, welche ihre Fahne nicht zeigt, weil sie deren drei hat, und welche ihre Absichten verbirgt, weil dieselben zu einer Revolution und einem Prätendentenkriege führen würden.“ Das Manifest schließt alsdann mit den Worten: „Wähler, ihr werdet am 5. Januar die Kundgebung vom 14. October 1877 bestätigen, denn das allgemeine Stimmrecht, ob es sich direct oder indirekt ausspricht, hat nur Einen Willen.“ — Die Stadt Paris vertheilt alljährlich einen musikalischen Preis für gröbere Compositionen im Oratorium- oder Cantatenstil, welcher Preis in diesem Jahre unter die Componisten Theodor Dubois und Benjamin Godard vertheilt worden ist. Die Preisverleihung bedingt auch eine öffentliche Aufführung auf Kosten der Stadt. Das Werk Theodor Dubois', „das verlorene Paradies“, ein Oratorium in 4 Abtheilungen, ist vor kurzer Zeit im Théâtre du Châtelet-Theater aufgeführt worden, und hat obgleich von etwas monotonem Charakter eine günstige Aufnahme beim Publikum, wie bei der Kritik gefunden. Gestern kam die Reihe an die Cantante Godard's: „Tasso“, welche ebenfalls im Théâtre du Châtelet vor einem zahlreichen Publikum vorgeführt wurde, der Befall war sehr gross. Mehrere Chöre und ein Zigeunerartanz mußten wiederholt werden und am Schlusse mußte der junge Componist auf der Bühne erscheinen. — Der Beginn derziehung für die große Nationallotterie ist jetzt auf den 10. Januar festgestellt. Die Ausstellung der Lose, welche gestern der Marschall-Präsident mit dem Handelsminister besichtigt hat, wird definitiv am 5. Januar eröffnet werden.

Provinzial-Beitung.

□ Breslau, 20. Decbr. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] In einer gestern Abend stattgefundenen Sitzung des Humboldt-Vereins kam zunächst ein Antrag des Herrn Köbner auf Einrichtung von Sonntags-Abend-Unterhaltungen für Handwerkslehrer zur Verathung. Diese Sonntags-Abendunterhaltungen, deren Einrichtung mit gutem Erfolge in Berlin, Göttingen, Bremen, Hamburg und anderen Städten verfügt worden ist, sollen in den Theilnehmern den Sinn für das Wahre, Schöne und Gute zu wecken suchen durch das Mittel der Unterhaltung, des Amusements, nicht durch schulmäßigen Betrieb. An der Spitze stehen Lehrer, welche für die zweckmäßige Auswahl des Unterhaltungstoffes sorgen. Der Ausschuss erklärte sich im Prinzip einverstanden mit der Einrichtung dieser Einrichtung und erwählte eine Commission, welche sich mit dieser Angelegenheit befassen und dem Ausschuß bestimmte Vorschläge vorlegen soll. Die Einrichtung selbst soll womöglich noch in diesem Winter zur Ausführung kommen. In die Commission wurden gewählt die Herren Köbner, Hüllebrand, Mugdan, Wehlau und Dr. Steinitz. — Die Sonntagsverträge fallen am 22. und 29. December aus. Auch eine Monatsversammlung wird in diesem Monat nicht gehalten werden. Dagegen werden im Monat Januar zwei Monatsversammlungen stattfinden. In der ersten wird Herr Dr. Landolt einen demischen Vortrag über Verbrennung halten. Herr Oberlehrer Dr. Bobert hat seine volkstümlichen Vorlesungen beendet. Nach Neujahr werden zwei weitere Cyclen eröffnet werden. Herr Dr. Schumann liest „Leben Gletschers und die Eiszeit“, Herr Dr. Grünewald über Dietrich; Lehrer in physiologischen Institute. — An der Feier des 75-jährigen Jubiläums der „Schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur“ haben sich auf Einladungen und Mitglieder des Humboldt-Vereins beteiligt, und wird nachträglich noch eine Morette überreicht werden. Zu der Glas-Stereoskop-Sammlung, welche zur Zeit hier zu sehen ist, können die Mitglieder des Humboldt-Vereins in der Buchhandlung des Herrn Priebisch Girokarten in Empfang nehmen, für welche an der Kasse nur 25 Pf. zu zahlen sind.

+ Gubrau, 20. Dec. [Vorsorge der Behörden.] Der Umstand, daß vor Kurzem in der Stadt Gubrau 40 Stück Kindvieh aufgetrieben worden sein sollen, die sich durch Farbe und ihr sonstiges Aussehen als russisches Vieh gekennzeichnet haben, hat die königliche Regierung veranlaßt, wegen der naheliegenden Gefahr einer Einschleppung der Rinderpest dem diesseitigen Landratsamt dringend anzuzeigen, die Hornviehkontrolle für den Kreis nach Maßgabe des § 9 der revidirten Instruction vom 9. Juni 1878 zum Rinderpestgebot einzuführen. In Folge dieser Regierungsmaßnahme weiß der hiesige Landrat die Magistrate, Güts- und Gemeindevorstände an, sofort einen Viehrevier zu bringen, unter besonderem Hinweis auf die denselben nach Abschnitt VI obliegende Anmeldepflicht. In Ortschaften, welche ein Dominium und eine Gemeinde umfassen, erfolgt die Bestellung des Viehrevisors im Gutsbezirk durch den Gütsvorsteher, in der Gemeinde durch den Gemeindevorsteher, doch kann auch ein und der selbe Viehrevisor für Güts- und Gemeindebezirke bestellt werden. Binnen 3 Tagen ist aus jeder Commune der bestellte Viehrevisor dem betreffenden Amtsversteher namentlich zu machen. Schließlich macht der landräthliche Erlaß es den städtischen Polizeiverwaltungen und den Amtsverstehern zur dringenden Pflicht, sorgfältig die Ausführung der Verordnung zu überwachen und mit grösster Strenge darauf zu halten, daß möglichst mindestens einmal die vorhandenen Viehbestände in Bezug auf ihren Gesundheitszustand revidirt werden.

— Namslau, 20. Decbr. [Einwohnerzahl. — Postalische.] Nach der diesjährigen Personenstandsauftnahme zählt unsere Stadt 5708 Einwohner, gegen 5572 Einwohner des Vorjahrs; sie hat also im Laufe eines Jahres einen Zuwachs von 136 Personen erhalten. — Das in Nr. 590 enthaltene Reserat: „Postalische“ hat in Ihrem hiesigen Leserkreise nicht nur allseitige Zustimmung gefunden, — bei der Besprechung derselben sind auch noch andere Missstände hervorgehoben worden, die ebenso dringend einer Abhilfe bedürfen. Für Namslau, das, wie eben berichtet, 5708 Einwohner zählt und sich mit seiner östlichen und westlichen Vorstadt und deren Ausläufern in einer Länge von über ½ Meile ausdehnt, ist nur ein einziger Briefträger angestellt, und dieser muß die täglich 3mal von Breslau und Oberschlesien, 2mal von Reichthal und 1mal von Carlsruhe OS. eingehenden Briefe, neben ihnen aber auch noch die Postanweisungen und deren Beträge, sowie sämmtliche übrige Postfachen allein abrufen. Der bet. Beamte thut, wie hiermit ganz anerlaunt wird, seine Schuldigkeit im vollen Umfange; aber er ist nicht im Stande, überall zu gleicher Zeit zu sein, und es kommt daher nicht selten vor, daß Briefe erst längere Zeit nach ihrem Eintreffen in die Hände der Empfänger gelangen. Wenn Klagen hierüber nicht eingehen, so unterbleibt es lediglich aus Rücksicht gegen den Briefträger, dem man für seine Tätigkeit nicht noch Unannehmlichkeiten bereiten will. Ferner sind trotz der bedeutenden Ausdehnung der Stadt und ihrer Vorstadt nur am Gastehof „zur goldenen Krone“ am Marte und am Grimms Hotel am polnischen Thore Briefkästen angebracht und schon längst hat sich die Anbringung noch eines dritten Briefkastens, vielleicht am Breslauer Thore an der Haselbach'schen Brauerei, namentlich für die Bewohner der sehr ausgedehnten Breslauer Vorstadt, als nothwendig herausgestellt. Vor dem Eingange des Postamtes ist zwar ferner eine von der Post zu unterhaltende Gaslatern angebracht, die hat aber an den vorhergehenden Abenden bis kurz vor 7 Uhr nicht gebrannt und da die unweit davon stehende, von der Eisenbahn-Beratung zu unterhaltende Gaslatern erst kurz vor Eintreffen der Abendläufe angezündet wird, die beiden ebenfalls daneben befindlichen städtischen Laternen aber, weil hier Post und Eisenbahn für Beleuchtung zu sorgen haben, jetzt gar nicht mehr angezündet werden, so herrscht bei dem hinter einer Ecke liegenden, mit mehreren Stufen versehbaren Eingange zur Post völlige Dunkelheit. Auch der Raum vor dem Schalter ist nur mit einer einzigen Gaslampe beleuchtet, und der an der Post angebrachte Briefkasten erhält nur von einer nachbarlichen städtischen Laterne so dürrige Licht, daß er von Ueingekehrten, ebenso wie das Postschild, nur mit Mühe aufgefunden wird. Briefkästen und Postschild bleiben aber auch dann noch im Dunkeln liegen, wenn die Gasflamme vor dem Posteingange brennt, denn diese brennt dann hinter einer Ecke des Postamtes. Alle diese Uebelstände bedürfen dringend der Abhilfe. Im Interesse des correspondirenden Publikums würde es ferner liegen, wenn an den Sonntagnachmittags zwischen 12 und 1 Uhr der Schalter geöffnet wäre, damit Nachmittag ½ Uhr die in Nr. 590 d. Ztg. besprochene Stanung des

Publikums vor den Schaltern verminderd wurde, die bei den gebauten Geschäften der Weihnachtszeit der betreffende Annahme- und Ausgabe-Betrieb aller seiner Tüchtigkeit zu hindern nicht im Stande ist. Endlich wird aber vielfach die Frage aufgeworfen, warum in Namslau, das in Betreff seiner Einwohnerzahl und wohl auch seiner commercialien Geschäfte der Nachbarstadt Greuburg kaum nachsteht, nicht schon längst, ebenso wie dort, ein Postamt erster Klasse etabliert worden ist.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 20. Decbr. [Wörter.] Die Nachricht von der bei der Oesterreichischen Creditanstalt vorgeschrittenen Defraudation übe schon beim ersten Bekanntwerden, wie wir dies gestern an dieser Stelle constatirten, eigentlich nur auf das Geschäft in Oesterreichischen Creditactien einen deprimenten Eindruck aus; heut trat dies noch weit prononcirt zu Tage. Nach den neuerdings über diesen Fall vorliegenden Meldungen beläuft sich der der Creditanstalt erwachende Schaden auf das dreiz- bis vierfache der gestern gemeldeten Summe und doch trug die Börse im Allgemeinen eine recht leichte Haltung. Creditactien senken natürlich wieder mit einer nicht ganz unberechtigten Courseinbuße ein und gingen anfanglich auch noch weiter in der Notiz zurück, da man glaubt, daß der schnelle COURSRÜDUNG in Wien in umfangreicherem Maße Executionsschlägen veranlassen dürfe. Die später eintretenden Wiener COURS-Depechen bestätigten nun aber diese Voraussetzung nicht und so befestigte sich denn die Tendenz im ferneren Verlaufe des Geschäfts auch für Creditactien. Dies war besonders der Fall, als auch von der Londoner Börse steigende Notirungen gemeldet wurden. Die kleine Speculation schritt zu Declinationen, die nun ihrerseits dem Verkehr einen festen und fast animirten Charakter verliehen. Franzosen waren auf Grund ihrer guten Einnahmen (+ 28,000 M.) beliebt, Lomb. blieben jedoch ganz vernachlässigt. Die österr. Nebenbahnen verhielten sich sehr still. Galizier unverändert. Für Elbenthalbahn zeigte sich bessere Meinung. Von den localen Speculationseffekten zeichneten sich Disconto-Commanditantheile durch regen Verkehr und steigende Notiz aus. Es notirten: Disconto-Commandit ultimo 127½ - 128½ - 127,60 - 129,25, Laurahütte per ult. 67½ - ¾ - %. Auswärtige Staats-Anleihen erhöhten die Notirungen zwar um eine Kleinheit, wurden aber sehr wenig umgesetzt. Nur Ungarische Goldrente ging leicht um. Russische Wertpapiere sehr seit. Russische Noten per ult. 193½ - 196 (Borpr. 195½%), per Januar 194% bis 196% (Borprämie 192½%). Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Eisenbahn-Prioritäten bei fester Haltung in angenehmen Verkehr. Auf dem Eisenbahnmarkte zeigte sich bessere Kauflust, die rheinisch-westfälischen Speculationsdevisen waren auf Vorprämie rege begehrt. Per ultimo notirten Bergische 75,60 - 76,20 - 76, Kölner 102,40 - 60, Rheinische 107,50 - 75. Inhaber, Potsdamer, Halberstädter und Hamburger erhöhten mehr oder weniger die Notirungen. Stettiner konnten sich gut behaupten. Leichte Bahnen fanden wenig Beachtung. Rumänier schwächer. Göt. St.-Pt.-Actien beliebt. Bankactien befürworteten eine ziemlich feste Haltung. Deutsche Bank beliebt und steigend, Schaffhausen zog nicht unbedeutend im Course an. Preuß. Bodencredit besser. Handelsgesellschaft steigend, Dessauer Landesbank und Geraer Bahn erhöhten ebenfalls die Notirungen. Deutsche Hypothek- und Weinmarkte Bank weichen. Königstadtbrauerei ließ etwas nach. Dessauer Gasactien gebrochen. Eggells Matchinenfabrik erhöhten die Notiz. Leopoldshall weichend. Lauchhammer niedriger. Montanwerke sehr still. Hibernia, Dortmund und Hartberg billiger. Marienbütte billiger erhältlich.

Um 2½ Uhr: Fest. Credit 378,50, Lombarden 115, Franzosen 438,50, Reichsbank 155, Disconto-Commandit 129, Laurahütte 67,80, Türken 12, Italiener 74,30, Oesterreichische Goldrente 62,90, Ungarische do. 72,50, Oesterr. Silberrente 53,90, do. Papierrente 53,10, 5 proc. Russen 82,90, Köln-Mindener 102,75, Rheinische 107,75, Bergische 76,25, Rumänen 34,25, Russ. Noten 196, -.

Coupons (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent. Cr. 172 Kasse 174, do. Eisenb.-Gow. 171,75 bez., do. Papier in Wien zahlb. mit 60 Pf. f. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,17 bez., do. Prioritäten 4,16,75 bez., do. Papier-Dollars 4,16 bez., 6% New-York-City 4,17 bez., Russ. Central-Boden min. 30 Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 1 Pf. L. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 1 Pf. Warschau, Russ.-Engl. conf. verl. 20,52 bez., Russ. Zoll 20,52 bez., 2er Russen —, Große Russ. Staatsbahn 20,12 bez., Russ. Boden-Credit 20,20 bez., Warschau-Wiener Comm. 20,12 bez., 8% Rumänische Staats-Anleihe —, Warschau-Leress. pol. 20,17 bez., 3% und 5% Lombard min. 20 Pf. Paris, Diverse im Paris zahlbar min. 30 Pf. Paris, Holländische min. 25 Pf. Amsterdam, Schweizer minus 50 Pf. Paris, Belgische minus 35 Pf. Brüssel, Verl. Lstr.-Obligation. 20,36½ bez.

Wien, 19. Decbr. [Zur Defraudation bei der Creditanstalt.] An der Börse herrscht große Erbitterung über die Vertreter der Credit-Anstalt. Man beschuldigt einen der Directoren, durch seinen Bruder schon gestern große Posten von Creditactien verkauf zu haben, und so die Troppauer Defraudation zu seinem Vorteil ausgenutzt zu haben. Heute kam es deshalb an der Börse zu einem argen Standal. Ueber diese Angelegenheit schreibt nun die "Pt.".

"Wie bei ähnlichen früheren Veranlassungen hat es der Zufall gewollt, daß eine Firma, deren Chef in nächster Verwandtschaft zu einem der Directoren der Creditanstalt steht, die Aufmerksamkeit der Börse durch ihre Veröffentlichung der Defraudation vorausgehenden Abgaben von Credit-Actien in unliebhafter Weise erregte. Es liegt uns fern, gegen irgendemanden eine Verdächtigung aussprechen zu wollen, allein es ist die öffentliche Meinung der Börse, welcher wir Ausdruck geben. Mag man immer dem Zufalle sein Recht lassen wollen, daß förmliche System in diesem Zufalle, wie es die Börse seit einer Reihe von Jahren verfolgt, hat unlegbar etwas Bedeutliches und Aufrüttendes. Derartige unaufgklärte, aber scheinbar greifbare Operationen, das fühlt Jeder, dürfen sich nicht mehr wiederholen. Auch der Verwaltung der Creditanstalt muß es darum zu tun sein, so einstimmig auch die Ehrenhaftigkeit ihrer Leitung anerkannt wird und so wenig selbst der berühmte Vorgang ein schiefes Licht auf die lauterer Elemente wirft, aus denen die Verwaltung besteht, — der Creditanstalt selbst, sagen wir, muß es darum zu thun sein, daß die letzten Zweifel in die Discretion ihrer obersten Beamten behoben werden. Die Börse ist gemeinlich milde in ihrem Urtheile, sie theilt den Glauben, daß was mehr als Zwei wissen, kein Geheimniß mehr ist. Die Börse hat auch geschäftsmännisches Verständniß genug, um sich nicht zu entrichten, wenn sich die "Wissenden" ihren Vorsprung vor den Anderen zunutze machen und zu ihrem Vortheile handeln. Ist doch die möglichst frühe und rache Verwertung von Nachrichten mit das wesentlichste Prinzip der Speculation. Allein es giebt hierbei eine seine Grenze, welche von der Rechlichkeit gesetz ist und über welche kein Ehrenmann hinausgeht. Wenn es wirklich wahr ist, daß, wie man heute allgemein annimmt, ein der Creditanstalt Nahestehender, seit gestern oder vorgestern von dem Vorfallenunterrichtet, den der Anstalt und den Actionären zugefügten Schaden benützt, durch ein Werken des Courses die Actionäre neulicher zu schädigen und die Couplisse auszubauen, dann können wir nur den schärfsten Tadel gegen eine solch gemein habfuchige Tripotage aussprechen.

Neber das von der Börsenkammer eingeleitete Verfahren haben wir zu berichten, daß das Ordnungs-Comité heute Mittags zu einer Sitzung einzuberufen wurde, um disciplinariter gegen die Veranstaalter des Nummels an der Mittagsbörsche vorzugehen. Das Comité befloß, eine Anzahl von namhaft gemachten Börsenbesuchern zu einer für den Abend einberufenen Sitzung vorzuladen. In dieser Sitzung wurde in langer Verhandlung eine Reihe von Vernehmungen vorgenommen und deren Fortsetzung für morgen anberaumt. — Von Seite der Creditanstalt werden wir um Aufnahme folgender Bußchrift ersucht: „Die Börsenkammer hat die Anfrage an den Vertreter der Creditanstalt an der Börse gerichtet, ob die Creditanstalt die Einleitung einer Untersuchung wegen des excessiven Vorgehens einzelner Börsenbesucher unterstellt. Der Vertreter der Creditanstalt erklärte, daß er vorerst die Zustimmung der Direction einholen wolle, allein, ehe die Direction ihre Zustimmung erteilen könne, hatte die Börsenkammer schon den Beschluss gefasst, eine strenge Untersuchung einzuleiten. Der Direction der Creditanstalt kann es nur erwünscht sein, daß der Sachverhalt streng untersucht werde, und hat sie darum auch das Entgegenkommen der Börsenkammer dankend angenommen. Uebrigens sind heute Abends bereits die Vorladungen an die betreffenden Beamten der Creditanstalt ergangen.“

A [Die landwirtschaftlichen Handelsverhältnisse Schlesiens 1875 bis 1877.] In dem landwirtschaftlichen Bericht, welchen Minister Dr. Friedenthal dem Könige erstattet hat, spricht sich derselbe über die Handelsverhältnisse im Allgemeinen dahin aus, daß die Handels-Conjuncturen in Preußen 1875-1877 im Großen und Ganzen durchaus ungünstige waren. Der Export, namentlich nach dem Osten, war vielfach gehemmt und bei vielen landwirtschaftlichen Producten beherrschte die auswärtige Concurrenten den Markt. Dazu kam als sehr schwerwiegender Factor, daß die Consumptionsfähigkeit des Volkes durch die allgemeine Lage geschwächt war. Der Minister

konnte natürlich in den Specialberichten über die einzelnen Provinzen nur das Besondere hervorheben, so daß der Rückblick in Kürze die wichtigsten Ausnahmeverhältnisse erwähnt. Diese amtliche Skizzierung ist noch jetzt von hohem Interesse, und lassen wir sie bezüglich unserer Provinz nachstehend wörtlich folgen.

1875. Der Verkehr in Getreide war im Allgemeinen leblos und vielfach mußte der schlesische Ausfall von Ost- und Westpreußen und von Ungarn gedeckt werden. Mais wurde aus der Moldau und der Buzowina importirt, auch in Hülsenfrüchten und Dölfal waren Zufuhren von auswärts nötig.

— Die günstige Ernte in Kleefaat rief einen lebhaften Handel bei allmählig steigenden Preisen hervor. — Der Viehhandel hatte in seiner Abhängigkeit vom Berliner Martte sehr zu leiden. Die Berliner unlärmten Notirungen für Schlagewicht drückten den Preis. Eine Notirung nach Lebend-Gewicht ist dringend wünschenswert. — In Bucht- und Gebrauchs-Vieh stagniert das Geschäft in Folge der schlechten Futterernte und der teuren Futterpreise, welche zahlreiche Wirtschaften zur Berringerung ihres Viehstandes nötigten. — Bezüglich der Molkeriprodukte nimmt Schlesien keinen hohen Rang ein. Die Butterpreise näherten sich den galizischen. Käsefabrikation ringerig sich anfangs, um späterhin unter steigenden Preisen zuzunehmen. Das Wollgeschäft verlor durch die widerwillige Haltung der Consumenten nicht vortheilhaft. Auf dem Juni-Markte herrschte Kauflust; für die besten Wollen behauptete sich der vorjährige Preis, während mittlere Qualität niedriger notirt wurde. Das zu Markt gestellte Quantum bestand zu drei Fünfteln aus schlesischer Wäsche. Als Käufer traten hauptsächlich Franzosen, Engländer, Schweden, demnächst Sachsen und die Lausitz auf, während das Rheinland sich zurückhaltend zeigte. Die 1875er Flachsberne stand hinter den Vorjahren quantitativ wie qualitativ zurück. Auf dem Constanter Decembermarkte war innerhalb einer Stunde alles zu guten Preisen verlaufen. Die Spiritus-Production stellte sich bis zum Schlusse der Campagne 1874/75 anscheinend recht günstig, da die Kartoffelsoße bei besonders hohem Stärkegehalt und die durch Speculation hervorgerufenen hohen Preise einen lohnenden Betrieb garantirten. Die zweite Periode begann mit wesentlich niedrigen Preisen. Trotz vorgeschrittenen Jahreszeit fuhren die meisten Brennereibesitzer in ihrem starken Betriebe fort, wodurch die Läger bei man gelndem Absatz sich zunehmend vergrößerten. Gegen Mitte August trat ein rapider Sturm der Preise ein. Ein stärkerer Export war nach keiner Seite hin zu ermöglichen. Von Hamburg aus concurrirte der sehr billige russische Spiritus, Italien war durch sein Steuergesetz, Oesterreich-Ungarn und Schweiz durch Exportprämien zu sehr im Vortheil. Es blieb also nur der Süden und Westen Deutschlands, die sich jedoch angefangen der offenen Überproduktion sehr reservirt hielten. Die Wiedererlangung des Exports nach Italien und Hamburg wird für die schlesische Production eine Lebensfrage. Die Preishöhe-fabrikation wurde Anfangs des Jahres durch die billigen Weizenpreise etwas begünstigt, doch die 1875er Ernte machte diesen kleinen Vortheil wieder illusorisch. Späterhin verlor die Spiritus-Conjunctur ihrem empfindlichen Einfluß nicht. Die Käsefabrikation gestaltete sich bei rüdigängigen Preisen ungünstig. Die Kartoffelstärke befriedigte in Mittel- und Niederschlesien, in Oberschlesien aber nicht. Weizenstärke hatte bei schwächerer Haltung in Folge des Darmiederliegens der Tertil-Industrie keine glückliche Conjuratur.

1876-1877. Die Leblosigkeit des Getreidegeschäfts setzte sich auch 1876 fort und die Haupt-Aufgabe beschränkte sich bei der geringen Ernte auf Beschaffung des Local-Bedarfs. Die Ernte zeigte sich noch schwächer als die vorjährige; der Preis stieg, bis die gute Ernte von 1877 wieder ein Heraufgehen desselben bewirkte. — Gerste gab 1876 eine erheblich bessere, aber keine reiche Ernte, weshalb sich die Preise hielt. Ähnlich war es bei dem Hafer, bis 1877 ein Rückgang erfolgte. Die Erbsen und Bohnen ergaben 1876 eine gute Ernte, 1877 nur drei Viertel einer Mittel-Ernte, der Preis änderte sich nicht. — Die Ernte der Del-Saaten war ziemlich befriedigend; die vorjährige: der Preis stieg, bis die gute Ernte von 1877 wieder ein Heraufgehen desselben bewirkte. — Gerste gab 1876 eine erheblich bessere, aber keine reiche Ernte, weshalb sich die Preise hielt. Ähnlich war es bei dem Hafer, bis 1877 ein Rückgang erfolgte. Die Erbsen und Bohnen ergaben 1876 eine gute Ernte, 1877 nur drei Viertel einer Mittel-Ernte, der Preis änderte sich nicht. — Die Ernte der Del-Saaten war ziemlich befriedigend; die vorjährige: der Preis stieg, bis die gute Ernte von 1877 wieder ein Heraufgehen desselben bewirkte. — Beim Viehhandel machte sich das Pferde-Ausfuhrverbot fühlbar. In Zeitweil gestaltete sich der Handel 1876 entschieden flauer, da die Futtermittel die Mästung in nur geringem Umfange erlaubten. Die Beschildung des Breslauer Marktes war aus diesem Grunde sehr gering, die Preise normirten sich aber höher als im Vorjahr.

1877 war der Zutrieb zum Markte noch geringer. Das wiederholte Auftreten der Kinderpest verursachte empfindliche Verkehrsbehinderungen, dazu gingen die Preise noch zurück. Der Handel mit Buchtvieh war in beiden Jahren nicht lebhaft und 1877 durch die Kinderpest zeitweise ganz unterbrochen. Der Holländische Buchtvieh-Import nahm bedeutend ab, dagegen wurden mehr Schweizer Stämme eingeführt. Die Eventualität, daß Amerika England in den Stand setzen würde, sich gegen Import von lebendem Vieh aus Europa abzuwenden, erzeugte gerechte Befürchtungen. — Butter stand 1876 und Anfangs 1877 hoch im Preise, dagegen war der Käsepreis gedrückt. Auch in den Molkeriproducen wurde Amerika's Concurrenz fühlbar. Die Schlesische Butter nahm bis jetzt fast den geringsten Stand ein, weshalb energische Anstrengungen zur Besserung gemacht werden.

Der 1876er Wollmarkt verlor noch ungünstiger, als im Vorjahr, da die Fabrikanten, namentlich die Rheinischen, ihr die Fabricat keinen Absatz gefunden hatten. Ein beträchtlicher Preis-Abfall war voraussehen. Die Wäschefabrikation übertrafen die des Vorjahres, das Markt-Quantum hatte sich jedoch erheblich verringert. Im Jahre 1877 hatte der Markt, zwar einen schnelleren Verlauf, doch wiederholte einen Preis-Abfall zu verzeichnen. Die Verlegung des Breslauer Marktes wurde wiederholt bestimmt. Die Flachsberne des Jahres 1876 erreichte ziemlich den Mittelpunkt, auf Termine still. — Roggen loco und auf Termine still. Weizen per December-Januar 174 Br., 173 Br., per April-Mai 180 Br., 179 Br., Roggen per Decbr. Jan. 119 Br., 118 Br., per April-Mai 118 Br., 117 Br. Hafer flau. Gerste still. Rüböl ruhig, loco 58, per Mai 57%. Spiritus still, per December 44% Br., per Februar-März 43% Br., per April-Mai 43% Br., per Mai-Juni 43% Br. Käse ruhig, Umsatz 1500 Sad. Petroleum matt, Standard white loco 8,50 Br., 8,30 Br., per December 8,35 Br., per Januar-März 8,70 Br. — Wetter: Frost.

Liverpool, 20. Decbr. Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Mühlmässiger Umsatz 8000 Ball. Unverändert. Tagesimport 16,000 B., davon 20,100 B. amerikanische.

Liverpool, 20. Decbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unverändert. Futures ¾ D. billiger.

Manchester, 20. Decbr., Nachmitt. 12r Water Armitage 7, 12r Water Taylor 7, 2r Water Michell 8, 30r Water Gidlow 8%, 30r Water Clayton 9, 40r Mule Mayall 8, 40r Medio Wilkinson 10, 30r Warpops Qualität Rowland 9, 40r Double Weston 9%, 60r Double Weston 13, Printers 10%, 14%, 8% 8% pfd. 87. — Rüböl, aber fest.

Petersburg, 20. Decbr., Nachm. 5 Uhr. [Produktenmarkt.] Weizen loco 57, 60. Weizen loco 13, 20, 27 Br., 20, 21 Br., London kurz 20, 52 Br., 20 42 Br., Amsterdam 167 25 Br., 166, 65 Br., Wien 171, 50 Br., 169, 50 Br., Paris 80 45 Br., 80, 65 Br., Petersburger Wechsel 195, 90 Br., 191, 00 Br.

Hamburg, 20. Decbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 116, Silberrente 53%, Oest. Goldrente 62%, Ung. Goldrente 72%, Creditactien 186%, 1860er Looe 108, Franzosen 543, Lombarden 143, Ital. Rente 74, Neuere Russen 82%, Vereinsbank 118%, Laurahütte 67%, Commerzbank 101, Norddeutsche 139%, Anglo-deutsche 30, Int. Bank 82%, Amerik. de 1885 98%, Köln-Minden. St.-A. 102%, Rhein-Eisenbahn do. 107%, Bergisch-Märkische do. 76, Disconto 3% p. Et. — Schluß wieder matter.

Silber in Barren per 500 Gr. fein Mt. 74, 25, Br., 73, 25 Gb.

Wechselnotirungen: London lang 20, 27 Br., 20, 21 Br., London kurz

20, 52 Br., 20 42 Br., Amsterdam 167 25 Br., 166, 65 Br., Wien 171, 50 Br., 169, 50 Br., Paris 80 45 Br., 80, 65 Br., Petersburger Wechsel

195, 90 Br., 191, 00 Br.

Hamburg, 20. Decbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco matt, auf Termine still. — Roggen loco und auf Termine still. Weizen per December-Januar 174 Br., 173 Br., per April-Mai 180 Br., 179 Br., Roggen per Decbr. Jan. 119 Br., 118 Br., per April-Mai 118 Br., 117 Br. Hafer flau. Gerste still. Rüböl ruhig, loco 58, per Mai 57%. Spiritus still, per December 44% Br., per Februar-März 43% Br., per April-Mai 43% Br., per Mai-Juni 43% Br. Käse ruhig, Umsatz 1500 Sad. Petroleum matt, Standard white loco 8,50 Br., 8,30 Br., per December 8,35 Br., per Januar-März 8,70 Br. — Wetter: Frost.

Liverpool, 20. Decbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Ansangsbericht.) Mühlmässiger Umsatz 8000 Ball. Unverändert. Tagesimport 16,000 B., davon 20,100 B. amerikanische.

Liverpool, 20. Decbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unverändert. Futures ¾ D. billiger.

London, 20. Decbr., Nachm. 5 Uhr. [Produktenmarkt.] Talglo 57, 60. Weizen loco 13, 20, 27 Br., 20, 21 Br., 20, 25 Br., 20, 30 Br., 20, 35 Br., 20, 40 Br., 20, 45 Br., 20, 50 Br., 20, 55 Br., 20, 60 Br., 20, 65 Br., 20, 70 Br., 20, 75 Br., 20, 80 Br., 20, 85 Br., 20, 90 Br., 20, 95 Br., 20, 100 Br., 20, 105 Br., 20, 110 Br., 20, 115 Br., 20, 120 Br., 20, 125 Br., 20, 130 Br., 20, 135 Br., 20, 140 Br., 20, 145 Br., 20, 150 Br., 20, 155 Br., 20, 160 Br., 20, 165 Br., 20, 170 Br., 20, 175 Br., 20, 180 Br., 20, 185 Br., 20, 190 Br., 20, 195 Br., 20, 200 Br., 20, 205 Br., 20, 210 Br., 20, 215 Br., 20, 220 Br., 20, 225 Br., 20, 230 Br., 20, 235 Br., 20, 240 Br., 20, 245 Br.,

Seu 2,60—3,00 Mark vr. 50 Kilogr.
Roggendorf 18,00—21,00 Mark vr. Schot à 600 Kilogr.

Berliner Börse vom 20. December 1878.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	95,00	bzG	
Consolidierte Anleihe	4	104,50	G	
do. do.	1878	4	92,50	bz
Staats-Anleihe	4	84,75	G	
Staats-Schuldcheine	31/2	91,90	bz	
Präm.-Anleihe v. 1855	31/2	146,00	bzG	
Berliner Stadt-Oblig.	4	101,80	bz	
Pommersche	31/2	101,20	bzG	
do. do.	4	94,80	bz	
do. do.	102,20	bz		
do. Lindsch.-Cr.	4	94,80	bz	
Posensche neue	4	94,70	G	
Schlesische	31/2	86,30	G	
Landschaft. Central	4	94,80	bz	
Kur.-n. Neumärk.	4	95,80	G	
Pommersche	4	93,80	bz	
Posensche	4	95,10	bz	
Schlesische	4	97,20	G	
Westf. in Rhein	4	98,30	G	
Badische Präm.-Anl.	4	91,00	bz	
Bayrische 4% Anleihe	4	122,00	bz	
Coln.-Mind.-Prämienanl.	31/2	116,50	bz	
Sächs. Kente von 1876	3	72,80	bz	
Kurh. 40 Thaler-Loose	241,00	bz		
Badische 35 Fl.-Loose	145,00	bz		
Braunschw. Präm.-Anleihe	81,40	bz		
Oldenburger Loose	137,76	bz		
Ducaten	—	Dollars	—	
Sover. 24,43 bz	Oest. Ekn. 173,00	bz		
Napoleon 16,17 bz	do. Silbergd 173,75	bz		
Imperials 16,68 bz	Russ. Bkln. 195,55	bz		

Hypotheken-Certificate.

Grapp'sche Partial-Ob.	5	108,10	bz
Unk. Pfld. d. Pr.Hyp-E.	41/2	95,00	bzG
do. do.	5	102,00	bzG
Deutsche Hyp.-B.	41/2	94,50	bzG
do. do.	5	100,30	bzG
Kündbr. Cent.-Bd.	41/2	100,00	G
Unkünd. do.	1872	101,50	bz
do. rückz. à 10/5	106,60	bz	
do. do.	41/2	98,20	bz
Unk. H. d. Prd. Bd.-Crd.	5	—	—
do. III. Em. do.	99,60	bzG	
Kindb. Hyp. Schuld.	5	100,90	bzG
Hyp.-Anth. Nord.-G.C.-B.	5	93,00	bzG
do. Pfandb.	5	90,50	bzG
Pomm. Hyp.-Brief.	5	96,00	G
do. do.	5	87,00	bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	106,20	bz
do. do.	103,70	bz	
do. 50% Pfrdschlbr.m.	110,5	96,20	bz
do. 41/2 do. m. 110	41/2	90,40	bz
Melninger Präm.-Pfd.	4	106,20	bzG
Pf. d. Oest. Bd.-Cr.-G.	5	—	—
Schles. Bodener. Pfdr.	5	99,00	bz
Büdd. Bod.-Cred.-Pfd.	5	103,10	G
do. 41/2 do. 41/2	98,10	G	

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-E.	(1,1,1,7,4)	53,90	bzB
do. 1,4,10	54,00	bzB	
do. Goldrente	4	88,20	G
do. Papierrente	4	53,00	G
do. Säer Präm.-Anl.	4	102,40	G
do. Lott.-Anl. v. 68	5	108,40	bz
do. Crdit.-Loos.	fr.	302,90	bz
do. Säer Loos.	fr.	250,75	bz
Russ. Präm.-Anl.	v. 64,5	144,75	bz
do. 1886	5	143,00	bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	73,00	bzB
do. Cent.-Bd.-Cr.-Pfd.	5	75,90	bz
Russ.-Poln.Schätz.-Ob.	4	79,75	bz
Poin. Pfndbr. III. Em.	5	60,20	bz
Poin. Liquid.-Pfandbr.	4	54,25	bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,90	G
do. do. 1885	5	104,20	G
do. 50% Anleihe	5	104,20	G
Ital. 50% Anleihe	5	74,25	bzG
Ital. Tabak-Oblig.	5	102,40	bz
Baab.-Grazer 100Th.L.	4	71,00	bzB
Rumän. Anleihe	5	—	—
Türkische Anleihe	5	—	—
Ungar. Goldrente	5	72,30	bzG
Ung. 50% St. Eisenh.-Anl.	5	171,40	bzB
Schwed. 10 Thlr.-Loos.	—	—	—
Finnische 10 Thlr.-Loos.	—	—	—
Türken-Loose	37,50	G	—

Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Serie II.	41/2	131,25	B
do. III. V. St. 31/2	5	85,00	bz
do. VI. 41/2	100,75	G	
do. Hess. Nordbahns	5	103,25	B
Berlin-Görlitz	do.	—	—
do. Lit. C.	41/2	83,55	G
Breslau-Freib. Lit.	41/2	—	—
do. do. Lit.	41/2	94,20	bz
do. do. H.	41/2	94,50	bz
do. do. K.	41/2	94,40	bz
do. von 1876.	5	101,90	bz
Görl.-Minden III. Lit. A.	4	—	—
do. Lit. B.	41/2	—	—
do. IV.	4	94,00	bzB
do. V.	4	—	—
Halle-Sorau-Guben	41/2	101,60	bzG
Hannover-Altenburg	41/2	96,50	G
N.-M. Staats-A.	5	103,00	G
do. do.	5	95,25	bz
do. do.	5	96,15	bz
do. do.	5	96,15	G
Oberschles. A.	4	—	—
do. C.	4	—	—
do. D.	4	93,00	bzG
do. E.	31/2	86,50	bz
do. F.	41/2	101,25	G
do. G.	41/2	100,00	G
do. H.	41/2	101,30	bzB
do. von 1869.	5	101,60	bzB
do. von 1873.	4	93,20	bz
do. von 1874.	41/2	160	bzG
do. Brieg.-Neisse	4	—	—
do. Cred.-Oderh.	4	—	—
do.	—	—	—
do. Stargard.-Posen	4	—	—
do. II.	41/2	100,20	bzG
do. III. Em.	41/2	100,20	bzG
do. Ndrschl.Zwg.	31/2	99,50	G
Rechte-Oder-Ufer-B.	41/2	—	—
Schles. Eisenbahn	41/2	100,25	G
Dux.-Bodenbach	do.	64,40	B
do. II. Emission	5	56,00	bzG
Prag-Dux	do.	19,00	bz
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	85,50	G
do. do. neue	5	85,25	bzG
Kaschau-Oderberg	5	59,25	bzG
Ung. Nordostbahn	5	57,30	G
Ung. Ostbahnh.	5	53,50	bzG
Lemberg-Czernowitz	5	65,75	G
do. do.	5	67,40	G
do. do.	5	67,90	bz
Mähr.-Schl. Centralb.	5	53,75	G
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	65,00	bz
Oest.-Französische	3	33,20	G
do. südl. Staatsbahn	3	23,70	bzG
do. neue	3	23,70	bzG
do. Obligationen	5	82,50	bzG
Rumän. Eisenb.-Oblig.	5	82,75	bzG
Warschau-Wien II.	5	97,50	G
do. III.	5	93,90	bz
do. IV.	5	83,40	bz
do. V.	5	80,96	bz

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	4,00	G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	27	bzG
Berl. Wechsel-B.	—	—	fr.	—	—
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	13,75	G
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	20,90	G
Gwb. Schuster-U. C.	0	—	fr.	—	—
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	fr.	—	—
Ostdeutsch. Bank	—	—	fr.	—	—
Pr. Credit-Anstalt	12/4	8	fr.	495	B
Pr. Hyp.-Vw. Act.	12/4	8	fr.	85,80	G
Schles. Feuervers.	18	—	fr.	965	B
Donnersmarckhüt.	3	3	fr.	21,00	B
Dortm. Union</td					